

Der Motor stottert

Der Motor stottert oder: Das Auslaufmodell der bundesdeutschen Wirtschaft

von **Thomas Engelhardt**, 24.11.2024

Die Gesamtsituation der bundesdeutschen Wirtschaft erweist sich als noch weitaus verheerender als dies an den Zahlen des prognostizierten Stellenabbaus deutlich wird.

Zum einen ist die Aufzählung der vom Stellenabbau betroffenen Unternehmen sehr oft unvollständig. Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß mit jedem Wegfall eines Industriearbeitsplatzes in der Regel minde-stens zwei bis drei andere Stellen ebenfalls wegfallen, gestrichen bzw. abgebaut werden müssen. Das betrifft Kundendienstler, Zulie-ferer, Dienstleister usw.

Die Zahl der Firmeninsolvenzen im BRD-Land erreicht zum jetzigen Zeitpunkt einen abso-luten Höchststand. Im Jahr 2023 meldeten die Amtsgerichte nach endgültigen

Ergebnissen 17.814 beantragte Unternehmensinsolvenzen. Das waren 22,1 % mehr als im Jahr 2022.[1]

Nach anderen Angaben stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2023 sogar um 23,5 % auf insgesamt 18.100 Fälle (2022: 14.660 Fälle).[2]

Nicht beachtet wird gemeinhin auch, daß die bereits zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr funktionierenden Sozialkassen und Sozialversicherungssysteme über kurz oder lang kollabieren werden. Und Altersarmut ist bereits jetzt für viele ältere Menschen in diesem Land bittere Realität.

Von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung waren im Jahr 2022 durchschnittlich 6,1 % der Bevölkerung in Deutschland betroffen. Bei den 65-Jährigen und Älteren lag der Anteil bei 3,5 %. In der Altersgruppe 75plus betrug der Anteil 2,1 %.[3] Doch traue sich wer.

Denn diese Zahlenangaben relativieren die tatsächliche Situation, weil rein statistische Rahmenvorgaben Grundlage der Erhebungen sind.

Denn die Altersarmuts-Quote steigt von Jahr zu Jahr – so stark wie in keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Mehr als jeder fünfte Einwohner über 80 Jahre ist mittlerweile von Armut betroffen. Andere Angaben weisen noch höhere Armutszahlen aus. Demnach leidet sogar 1/4 der über 80-Jährigen in der BRD unter Altersarmut.[4]

Andere Sozialkassen und Versicherungen sind gleichsam von sich verstärkenden Krisenentwicklungen betroffen. Zwei Drittel der Krankenkassen gelten finanziell als angeschlagen.

Nach den Jahresrechnungsergebnissen für das Jahr 2023 erzielten die gesetzlichen Krankenkassen im vergangenen Jahr ein Defizit von etwa 1,89 Milliarden Euro (den Einnahmen der Krankenkassen in Höhe von 159,1 Mrd. € standen 2023 Ausgaben in Höhe von 161,3 Milliarden € gegenüber). Den Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von 79,5 Mrd. € standen aber allein in I/2024 bereits Ausgaben in Höhe von 80,2 Mrd.€ gegenüber. Anders ausgedrückt: Die 95 gesetzlichen Krankenkassen haben in den ersten drei

Monaten des laufenden Jahres 2024 bereits ein Defizit in Höhe von 776 Millionen € erzielt. Die Finanzreserven der Krankenkassen betragen zum Quartalsende I. Quartal 2024 rund 7,6 Milliarden Euro. Dies entspricht 0,3 Monatsausgaben und somit dem Eineinhalbfachen der gesetzlich vorge-sehenen Mindestreserve in Höhe von 0,2 Monatsausgaben.

Hinzu kommt die regelrecht dramatische Lage von Kommunen und Gemeinden im ganzen Land. Im vergangenen Jahr mußten die kommunalen Haushalte bereits eine Verschlechterung ihrer Finanzlage um 8 Mrd. € und ein Defizit von 6,2 € Euro konstatieren. Im laufenden Jahr 2024 wird sich das Defizit voraussichtlich auf eine Rekordhöhe von 13,2 Milliarden € verdoppeln!

Und das in einer Phase, in der die Wirtschaft noch halbwegs funktioniert und die Einzah-lungen in die Sozialkassen auf einem hohen Niveau sind. Ein Großteil des Defizits der Kommunen und Gemeinden in Höhe von rund 6,8 Milliarden € ist der desolaten Politik der Ampelkoalition

geschuldet. Die von der Ampel verabschiedeten neuen Bundesgesetze belasteten die Kommunalfinanzen mit rund 4,8 Mrd. Euro jährlich. Die Ergebnisse des Jahres 2023 zeigten aber deutlich, daß die Kommunen sowohl ein Einnahmen- als auch ein Ausgabenproblem haben. Die Ausgaben steigen – auch bedingt durch bundespolitische Entscheidungen der Ampel – schneller als die Einnahmen. Überschuldete oder finanziell klamme Kommunen können nicht mehr in Projekte oder Sanierungen investieren.

„Wir müssen den Menschen in unserem Land erklären, daß wir nicht mehr alles auf dem Standard auf Dauer werden leisten können“, so **André Berghegger vom Städte- und Gemeindebund. [5]**

Die Menschen in diesem Land müssen sich auf harte Einschnitte vorbereiten. Das aber ist bislang nur einer Minderheit bewußt!

Die Finanzlage der Kreise und Landkreise ist noch weitaus verheerender als die der Städte und Gemeinden. Dies führt zur regelrechten Verlotterung der

Infrastruktur. Längst sind auf dem platten Land Verhältnisse wie in der früheren DDR feststellbar. Sehr viele Land-straßen befinden sich in einem erbärmlichen Zustand und sind verschlissen. Geld für Re-paraturen oder Sanierungen steht nicht mehr zur Verfügung. Warnhinweise wie früher in der DDR werden aufgestellt und sind Dauer-erscheinung.

Aber betrachten wir die Situation in der Wirt-schaft etwas genauer. Der Motor stottert und er läuft Gefahr, abgewürgt zu werden.

Das Unternehmen ZF (Automobil-Zulieferer) wird bis 2028 dem Vernehmen nach gemäß jetzigem Stand 14.000 (!) Stellen abbauen. Ford streicht bis Ende 2027 2.900 Stellen vornehmlich in der Produktion. Die Firma Bosch kündigt den Abbau von 3.800 Arbeits-plätzen in den nächsten beiden Jahren an. Opel in Rüsselsheim (zum Stellantis-Konzern gehörig) wird voraussichtlich ein Drittel der Belegschaft abbauen (!). Scheffler (Automo-bil-Zulieferer) wird demnächst 2.800 Ar-beitsplätze ersatzlos streichen. Andere Automobil-Zulieferer

folgen und kündigen Stellenabbau bereits an.

In der Regel wird das mit der Etablierung der sog. E-Mobilität begründet. Diese Sichtweise ist jedoch einseitig. Deutschland (lies: die BRD) ist zu teuer. Die Lohnkosten sind (im internationalen Vergleich) zu hoch, die Energiekosten doppelt so hoch wie in den Vereinigten Staaten und ca. 30 % höher als in Frankreich (das sich zu 80 % mit Atomstrom versorgt!).

Und in der Regel wird beim Stellenabbau lediglich über die Großunternehmen berichtet:

– Beim Stoßdämpfer-Produzenten Bilstein (gehört zu ThyssenKrupp) wird der Mutterkonzern ThyssenKrupp AG mehr als 200 Stellen im Produktionswerk im Kreis Trier-Saarburg streichen.

– In Landau trifft es die Fa. Ronal (Fabrikant von Rädern). Der Hersteller von Leichtmetallfelgen wird Ende März 2025 seinen Standort in der südpfälzischen Stadt schließen. Etwa 550 Beschäftigte

verlieren dort ihren Arbeitsplatz.

– Bei der Eberspächer-Gruppe mit Standorten in Herxheim und Landau sind in diesem Jahr bereits mehr als 200 Arbeitsplätze weggefallen.

– Auch der Reifenhersteller Michelin mit seinen Werken in Bad Kreuznach und Trier befindet sich in einem Umbau- und Anpassungsprozeß. Das Werk in Trier wird bis Ende des Jahres komplett geschlossen.

– Unternehmen wie Continental, Miele und Bosch planen aktuell bzw. in den nächsten Jahren den Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen oder, wie Miele, die Produktionsverlagerung ins billigere Ausland.

Krise und Sparmaßnahmen und Schließungen also aller Orten. Die genannten Entscheidungen und Maßnahmen sind letztlich Reaktionen auf hohe Energiekosten hierzulande und die schwache Nachfragesituation in der Wirtschaft.

Es erweist sich, daß das bundesdeutsche Geschäftsmodell ausläuft und nicht mehr

funktioniert.

Jahrzehntelang wurden Rohstoffe und Halbfabrikate preiswert importiert und Energie preiswert eingekauft. In Westdeutschland hergestellte Güter und Produkte zeichneten sich durch hohe Qualität, Zuverlässigkeit und Langlebigkeit aus.

Die alte BRD und seit 1990 Groß-Westdeutschland (das sog. „wiedervereinigte“ Deutschland) schwangen sich zum Exportweltmeister auf. Jedoch um welchen Preis? Mehr als ein Drittel aller Industriearbeitsplätze hingen 1989/1990 direkt oder indirekt vom Automobilbau ab. Die bundesdeutsche Wirtschaft zeichnete sich durch eine zunehmend einseitige Wirtschaftsstruktur aus.

Die historische Entwicklung ist aufschlußreich:

BRD 1950: Land- und Forstwirtschaft 24,5 % aller Beschäftigten, produzierendes Gewerbe 43 % der Beschäftigten.

BRD 1975: Land- und Forstwirtschaft 6,5 %

aller Beschäftigten, produzierendes Gewerbe 42 % der Beschäftigten.

BRD 1990: Land- und Forstwirtschaft 3,5 % aller Beschäftigten, produzierendes Gewerbe 36,5 % der Beschäftigten, Dienstleistungs-sektor 60 %.

BRD 2023: Land- und Forstwirtschaft 1,2 % aller Beschäftigten, produzierendes Gewerbe 23,5 % der Beschäftigten, Dienstleistungssektor 75,3 %.

Qu.: Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2023.[\[6\]](#)

1989 gab es noch 16 Mill. Industriearbeitsplätze in den beiden deutschen Teilstaaten BRD und DDR (davon etwa 11 Millionen in Westdeutschland). Diese Zahl sank bis 2010 auf unter 10 Millionen (!).

Im Jahr 2023 gab es in Deutschland noch etwa 8,15 Millionen Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe.[\[7\]](#)

Die Ursachen dieser Entwicklung waren vielfältig: Automatisierung, Produktionsverlagerung, Wirtschaftsumbau im Gebiet der früheren DDR, Verkäufe, Umbau und

Schließung von Konzernen und Unternehmen (BASF, HOECHST, Bayer, Linde usw.). Linde beispielsweise bestand aus vier sog. Werksgruppen (Anlagenbau, Technische Gase, Gabelstapler und Flurförderzeuge, Kälte-technik und Kühlmöbel) und war einer der führenden Hersteller von Gabelstaplern weltweit, darüber hinaus Produzent von Kühltheken für Groß- und Supermärkte und von gewerblichen Kühlmöbeln (Groß-Kühlschränke).

Ganze Industriesparten verkauft, verramscht oder dicht gemacht, die Kühlmöbelherstellung nicht mehr existent. Die Gabelstapler-sparte wurde 2006 samt den Markenrechten an US-Finanzinvestoren verkauft und firmiert heute unter dem Namen KION.

Die Kion Group AG (KION Group) ist ein börsennotierter „deutscher“ Hersteller von Flurförderzeugen mit Hauptsitz in Frankfurt am Main. Aber nichts ist falscher als das. Untersucht man, wer dieses Unternehmen besitzt und wer die Anteilseigner sind wird schnell klar, daß es sich um eine internationale

Aktiengesellschaft mit Sitz in der BRD handelt.

Das Unternehmen gehört mehrheitlich den US-Finanzinvestoren Kohlberg Kravis Roberts & Co. (KKR) und Goldman Sachs. 25 % gehören dem chinesische Nutzfahrzeughersteller Weichai Power.

Deutlich werden soll, wo die eigentlichen Problem der bundesdeutschen Wirtschaft liegen:

– Eine solche existiert faktisch nicht mehr, läßt man die Mittelstandsindustrie unbe-rücksichtigt, die sich jedoch ebenso mit gravierenden Problemen konfrontiert sieht (Energiekosten, Überregulierung, behördliche Auflagen, Bürokratisierung usw.).

– „Deutsche“ Großunternehmen gehören heute mehrheitlich ausländischen Anlegern und Investoren und diese kennen nur ein Ziel, die weitere Steigerung der Profite.

Die unheilvolle Entwicklung in der Wirtschaft setzte zu Beginn bzw. Mitte der 1990er-Jahre ein. Das große Schlagwort der

Globalisierung war in aller Munde. Die bundesdeutsche Wirtschaft entwickelte sich zur Basar-Ökonomie. Insbesondere im Automobilbau wirkte sich das langfristig verheerend aus, weil immer mehr Einzelteile oder ganze Baugruppen im Ausland vorgefertigt und diese in den Autofabriken nur noch zusammengeschraubt wurden. Ein VW-Golf besteht heute zu 80 % aus im Ausland gefertigten Teilen, vergleichbar verhält es sich bei Mercedes (Daimler-Benz).

Es ist absehbar, daß am Ende des Jahrzehnts Massen-Autos (d. h. Großserien-Fahrzeuge) nicht mehr in der BRD produziert werden. Andere Sparten sind vom Niedergang der bundesdeutschen Automobilproduktion aber unmittelbar betroffen (beispielsweise Salz-gitter-Stahl, Produzent der Autobleche, Zulieferer, Dienstleister usw. usf.). Andererseits werden bereits jetzt mehr als ein Drittel der in der BRD verarbeiteten Auto-Bleche aus China importiert und diese sind trotz der hohen Transportkosten immer noch billiger als hier den Stahlstandorten produzierten Bleche.

Der letzte Schlag wurde der bundesdeutschen Wirtschaft mit der sog. „Reform des Kapital- und Arbeitsmarktes“ in der Zeit der Kanzlerschaft **Gerhard Schröders** versetzt. Diese war von den Amerikanern bereits in der Regierungszeit Kanzler **Kohl** verlangt worden, damals jedoch nicht umgesetzt (der zu diesem Zeitpunkt ungeplante Anschluß der DDR an den westdeutschen Teilstaat, der urspr. für 1995 ff. vorgesehen war, kam quasi „dazwi-schen“).

Dieser als „Reform des Kapital- und Arbeits-marktes“ bezeichnete Umbau der bundes-deutschen Wirtschaft beinhaltete mehr als 40 (vierzig) Einzelgesetze und setzte den Prozeß der Erosion des Mittelstandes in Gang und das Abgleiten eines großen Teils der Bevölke-rung in die Unterschicht oder sogar ins Prekariat.

Als im gegebenen Zusammenhang aber besonders problematisch wird sich erweisen, daß keine Grundstoff- und Basisindustrien mehr existieren – Textilherstellungs-, Leder-, Bekleidungsindustrie – faktisch nicht mehr existent.

Die Landwirtschaft muß mehr als 60 % der Futtermittel für die Tierhaltung importieren (in der Hauptsache Soja aus US-Amerika und Brasilien). Die Lebensmittelproduktion der Landwirtschaft ist nur bedingt in der Lage, im Krisen- und Spannungsfall die Versorgung und Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Deutschland fehlen die agrarischen Überschußgebiete im 1945 von Polen annektierten Ostdeutschland.

2023 wurden landwirtschaftliche Produkte und Güter der Ernährungswirtschaft im Wert von 114 Mrd. € in die BRD importiert. Bei einigen Nahrungsmitteln übersteigt die Erzeugung der heimischen Landwirtschaft den Bedarf teils deutlich:

2021: Kartoffeln 150 %, Zucker 149 %, Fleisch 121 %, Milch 112 %, Getreide 109 %. Diese Zahlen scheinen der Aussage, daß Bundes-deutschland hinsichtlich der Lebensmittel-versorgung unsicher erscheint, zu wider-sprechen.

Jedoch müssen die gen. Zahlen genauer untersucht werden. Getreide ist nicht

gleich Getreide. Futtergetreide beispielsweise ist nicht Brotgetreide, und nicht jeder Weizen und nicht jeder Roggen ist für die Mehlerarbeitung geeignet. Werden alle zur Verfügung stehenden statistischen Angaben berücksichtigt, wird deutlich, daß sich Bundesdeutschland allenfalls zu 75-80 % selbst versorgen kann. Alle anderen Angaben entbehren der Grundlage und erscheinen unseriös und tendenziell.

Denn der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln lag 2021/22 hierzulande bei lediglich 81 %[8].

Das ist die Kurzzusammenfassung:

Deutsche Bahn 30.000

ZF 14.000

Conti 13.000

VW 10.000

SAP 5.300

Audi 4.500

Bosch 3.750

Deutsche Bank 3.500

Tesla 3.000

[1] Qu.: Zahl der Insolvenzen 2023, Die Zeit (online), 15.03.2024.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2024-03/statistisches-bundesamt-unternehmen-insolvenzen-steigen>

[2] Qu.: Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2023 :

[https://www.creditreform.de/Statistisches Bundesamt:www.destatis.de](https://www.creditreform.de/Statistisches_Bundesamt:www.destatis.de)

[3] Qu.: Statistisches Bundesamt.

[4] Qu.: Studie „Hohes Alter in Deutschland“ (Bundesseniorenministerium).

[5] Qu.: ZDF, Mittagmagazin, 24.10.2024.

[6]

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/275637/umfrage/anteil-der-wirtschaftsbereiche-an-der-gesamtbeschaeftigung-in-deutschland/>

[7] Qu.: Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssectoren.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrerw13a.html>

[8] Qu.: <https://www.landwirtschaft.de>